

# Die Natur als Schulzimmer

Am Käferberg in Zürich Höngg ist die erste Wald-Basisstufe des Kantons gestartet

Während sich die meisten Kinder zu wenig draussen bewegen, wird der Unterricht unter freiem Himmel für eine Gruppe von Zürcher Schülern zum Alltag. Sie lernen dabei in altersdurchmischten Gruppen.

Natalie Avanzino

Bereits aus einiger Entfernung hören wir helle Kinderstimmen durch den Wald klingen. Als wir uns einer Lichtung in der Nähe der Jägerwiese am Zürcher Käferbergwald nähern, sehen wir eine Gruppe von spielenden Kindern. Um einen morschen Baumstrunk hat sich eine kleine Arbeitsgemeinschaft versammelt: Die vierjährige Liv wühlt energisch mit einem Stecken in den breit verzweigten Wurzeln des Laubbaumes. Maël lässt einen dicken, kurzen Ast mit gezielten Schlägen auf die trockene Rinde des abgestorbenen Baumes niedersausen, so dass diese abblättert. «Das ist mein Hammer», erklärt der sechsjährige Bub. Die beiden Kinder besuchen die vierjährige Basisstufe der neugegründeten Schule «Waldchind Züri».

## Viertageweche in der Natur

Iris Seewald und Regula Ritter sind die Initiantinnen des Projekts. Sie sind mit einer privaten Wald-Basisstufe, welche die vier Jahre vom ersten Kindergartenjahr bis zur zweiten Primarklasse umfasst, ins Schuljahr gestartet. Bis anhin gab es im Kanton Zürich lediglich auf Kindergartenstufe Schulmodelle, die ganz im Wald stattfinden; in der Stadt Zürich sind dies etwa die Programme der privaten Anbieter Wakita im Kreis 7 oder Troll mit Standorten am Uetli- und am Zürichberg.

Die Kinder der neuen Waldschule verbringen ihre Viertageweche fast ausschliesslich in der Natur: Der Schulalltag findet unter freiem Himmel im Wald statt. Ein Sprichwort nennt den Unterrichtsraum den dritten Pädagogen, gleich nach den anderen Schulkindern und der Lehrperson. Wie sehr dies bei den «Waldchind» zutrifft, wird bei unserem Besuch offensichtlich. Alles wird er tastet, untersucht, und Fragen über Fragen prasseln über die Betreuungspersonen, kein Kind sitzt verschüchtert in einer Schulzimmerecke.

«Wir sind überzeugt, dass der Wald einen idealen Lehr- und Lernraum verkörpert», sagt die 40-jährige Seewald, Präsidentin des Vereins Waldchind Züri. Der Aufenthalt in der Natur bilde die Grundlage für eine gesunde Ent-



Die «Waldchind» in Zürich Höngg atmen nicht nur beim Spielen, sondern auch beim Lernen frische Luft ein.

ANNICK RAMP / NZZ

wicklung und stärke das Selbstvertrauen. Gerade die elementaren Fähigkeiten, welche die Voraussetzung für alles schulische Lernen sind, könnten im Wald optimal gefördert werden. «Die Bildungsziele entsprechen dem kantonalen Lehrplan und werden für jedes Kind in einem individuellen Förderkonzept festgelegt», ergänzt die erfahrene Primarlehrerin.

## Altersdurchmisches Lernen

Der Wunsch, ein derartiges Angebot in Zürich einzuführen, konkretisierte sich bei Seewald während ihrer Ausbildung zur Naturpädagogin in St. Gallen. Dort bietet der Verein Waldkinder seit 2001 eine Basisstufe an. Dass die Zürcher «Waldchind» ebenfalls mit einem altersdurchmischten Unterrichtskonzept lernen sollten, war für sie selbstverständlich. Ihr sei es ein Rätsel, weshalb der Kanton Zürich die dreijährige Grundstufe (Kindergarten und 1. Klasse) abgeschafft habe. «Jedes Kind hat einen eigenen Fahrplan für sein Lernen, altersdurchmischte Lernmodelle können diese Tatsache auffangen», betont Seewald.

Gemeinsam mit Regula Ritter hat sie im Januar dieses Jahres den Trägerverein

Waldchind Züri gegründet. Vieles sei noch im Aufbau und der Verein auch auf Spenden angewiesen, betonen die beiden Initiantinnen. «Deshalb sind wir vorerst auch nur mit einer überschaubaren Gruppe gestartet und haben noch Potenzial, weitere Kinder aufzunehmen», sagt die 41-jährige Ritter. Die Umweltwissenschaftlerin leitet den Verein organisatorisch und administrativ.

In diesen ersten Schultagen bleiben die Kinder beim freien Spiel auffallend nah an den Lehrpersonen. «Dies ändert sich wohl sehr bald, und die Umgebung wird weiträumig erkundet», meint schmunzelnd David Hofmann, Primarlehrer und in Zweitausbildung zum Kindergärtner. «Typisch für dieses Alter ist, dass zuerst alles auseinandergenommen wird», erklärt er den zum Teil unzimplichen Umgang mit den Materialien.

Als Hofmann die Kinder etwas später zu sich ruft und bittet, sie möchten ihre Hefte aus den Rucksäcken hervorheben, befolgt dies die Gruppe ohne Murren. Die Kleinen setzen sich auf eine Blache und beginnen mit bereitgestellten Farbstiften zu malen.

Hofmann betreut die Kindergartenstufe der «Waldchind» im Job-Sharing mit der Kindergärtnerin und ausgebildete-

ten Grundstufenlehrerin Katrin Baumann. Unterstützt werden sie von einer Praktikantin.

Wie der Unterricht bei Regen und im Winter stattfinden werde, wollen wir von den Verantwortlichen wissen. «Natürlich ist angemessene Bekleidung sehr wichtig, und an Regentagen spannen wir eine grosse Blache, aber bei ganz garstigem Wetter können wir eine Hütte als Rückzugsort nutzen, und im Winter haben wir zudem einen geheizten Raum zur Verfügung», so versichert Seewald.

## Etwas Schmutz gehört dazu

Kritiker von Waldangeboten befürchten, Schüler seien bei einem Unterricht draussen unkonzentriert oder bewegungsaktive Kinder würden nicht lernen, auch einmal stillzusitzen. Dem widerspricht Seewald vehement: «Die meisten Kinder bewegen sich viel zu wenig draussen und sind genau deshalb unruhig.» Sie ist sich sicher, dass grundsätzlich jedes Kind – ob Mädchen oder Bube, ob aktiv oder schüchtern – für den Unterricht im Wald geeignet ist. «Sofern es sich auch schmutzig machen darf», ergänzt die Pädagogin beim Abschied mit einem Augenzwinkern.

## Zusatzkredit für das Polizeigebäude

Winterthur will schneller planen

Um möglichst bald zu einem neuen Polizeigebäude zu kommen, will Winterthur die Detailplanung bereits vor dem Volksentscheid über den Baukredit vorantreiben. Laut Mitteilung wird dem Gemeinderat nun ein ergänzender Projektionskredit von 2,2 Millionen Franken beantragt; 2,5 Millionen hatte der Rat bereits für erste Planungsschritte und Projektwettbewerb gesprochen. Der Stadtrat begründet den ungewöhnlichen Schritt mit einem möglichen Zeitgewinn von einem Jahr; die Volksabstimmung über den 80-Millionen-Franken-Bau ist Ende 2016 vorgesehen, bei zügiger Planung wäre ein Bezug Ende 2021 möglich. Der Zusatzkredit wird als Vorinvestition gesehen, der das Prozedere eher vereinfacht und damit letztlich etwas Kosten spart. Diese Argumentation setzt allerdings ein späteres Volks-Ja zum Neubau voraus.

Die SP verlangt nun in einer Mitteilung, bereits der Zusatzkredit sei dem Volk zu unterbreiten. Angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt dränge sich ein erster Grundsatzentscheid der Stimmberechtigten zum Polizeigebäude auf. Heute beschäftigt die Stadtpolizei Winterthur rund 250 Mitarbeiter in sieben Altstadt Häusern, darunter auch die malerische und für Polizeiaufgaben wenig geeignete Bädermoschee.

## Querelen in Zürcher Studierendenverband

Co-Präsidentin zurückgetreten

Die Co-Präsidentin des Verbands der Studierenden der Universität Zürich (VSUZH), Michelle Jatuff Mathis, ist Mitte August vorzeitig zurückgetreten. Das hat Tristan Jennings, der verbliebene Co-Präsident, am Mittwoch gegenüber der NZZ bestätigt. Gegen Jatuff Mathis und gegen ihn seien Vorwürfe der Vorteilsnahme erhoben worden, worauf seine Kollegin den Hut genommen habe. Jatuff Mathis war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen, da sie in den Ferien weilt.

Hintergrund des Abgangs ist laut Jennings eine Abmachung, welche die Doppelspitze mit Rektor Michael Hengartner getroffen hatte. Gemäss dieser werden die beiden Co-Präsidenten von den Semestergebühren von derzeit 720 Franken befreit. Dies im Wissen darum, dass der Job an der Spitze des Verbands einem Vollzeitpensum gleichkommt. In Teilen des Vorstandes des VSUZH kam diese Massnahme, die laut Jennings schon von seinen Vorgängern anvisiert worden war, jedoch gar nicht gut an. Als das Führungsduo vor zwei Wochen darüber informierte, gab es heftige Kritik. Eine Minderheit des siebenköpfigen Gremiums sei der Meinung gewesen, dass für den gesamten Vorstand, dem auch die beiden Präsidenten angehören, gleiche Bedingungen zu gelten hätten.

Ausserdem, so Jennings weiter, sei an dieser Sitzung klargeworden, dass sich manche im Vorstand nicht bewusst seien, was es bedeute, eine Studierendenvertretung zu führen. Bei Jatuff Mathis hat diese fehlende Wertschätzung das Fass offenbar zum Überlaufen gebracht. Die besagten Kritiker wollten keine Stellung nehmen.

Vorstandsmitglieder des VSUZH erhalten 600 Franken pro Monat aus der Verbandskasse, in die alle Studierenden der Universität einzahlen, sofern sie sich bei der Einschreibung nicht gegen eine Mitgliedschaft entscheiden. Anders als die Präsidenten sollten die übrigen Vorstandsmitglieder in der Lage sein, ihr Studium neben dem Mandat fortzuführen. Als Co-Präsident indes kommt man laut Jennings kaum noch dazu, Lehrveranstaltungen zu absolvieren.

Der VSUZH hat sich mit dieser Geschichte keinen Gefallen getan. Jennings' einjährige Amtszeit endet am 1. Oktober. Es dürfte schwierig werden, das Co-Präsidium zu besetzen – auch wenn man dort keine Semestergebühren mehr zahlen muss. Bis heute sind keine Kandidaten in Sicht.

## Knappes Ja für staatliche Ausnüchterung

Im Zürcher Gemeinderat retten SP und Grüne die stadträtliche Vorlage für die Zentrale Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle

Um ein Haar wäre das einzigartige Zürcher Modell einer staatlich betriebenen Ausnüchterungsinstitution Geschichte geworden. SP, Grüne und GLP haben es nun vorläufig gerettet. Das letzte Wort hat das Volk.

Christina Neuhaus

Nachdem im Zürcher Rathaus bereits letzte Woche aussernd über das Schicksal der Zentralen Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) debattiert worden war, hat sich der Gemeinderat am Mittwoch erneut mit den Vor- und Nachteilen einer staatlich betriebenen Ausnüchterungsstelle befasst. Weil auf der linken Seite ein paar Standfeste angekündigt hatten, nicht auf die Ja-Parolen ihrer Fraktionen einzuschwenken, wurde die Abstimmung zur Zitterpartie. An der Schlussabstimmung zeigte sich jedoch, dass bei Rot-Grün im Vorfeld sehr genau gerechnet worden war. Die Vorlage passierte schliesslich mit 59 Ja- gegen 57 Nein-

Stimmen bei 7 Enthaltungen. Weil auf der bürgerlichen Seite drei Parlamentarier fehlten, konnten sich auf der linken Seite alle Skeptiker der Stimme enthalten, ohne dass die Vorlage ernsthaft gefährdet worden wäre.

## Bürgerliche gegen Luxuslösung

Damit hat eine Mehrheit von SP, Grünen und Grünliberalen die ZAB am Mittwoch vorläufig gerettet und so auch AL-Polizeivorsteher Richard Wolff aus der Klemme geholfen. Dessen Fraktion hatte nämlich nie grosse Sympathien für die Institution gezeigt und stimmte des-

halb mit Nein. Wie AL-Sprecher Walter Angst ausführte, wurde die ZAB zwar bereits unter Wolffs Vorgänger Daniel Leupi «zivilisiert»; der Stadtrat habe sich aber nie bemüht, Alternativmöglichkeiten zu prüfen und kostengünstigere Varianten auszuarbeiten. Derselbe Stadtrat, der bei den Krippen sparen wolle, schaffe nun eine Krippe für Bessoffene, ätze Angst. Einstimmig Nein sagten auch SVP, FDP und CVP, obwohl die Bürgerlichen im Grundsatz hinter der Ausnüchterungsstelle stehen, da diese Polizei und Notfallstationen massiv entlastet. Weil die Gebühren ihrer Ansicht nach aber unverhältnismässig

tief angesetzt sind, mussten die Fraktionen intern hart um ihre Parolen ringen: Hätten sie mit Ja gestimmt, hätten sie eine typische Zürcher Luxuslösung durchgewinkt. Dazu gehören in der Stadt fast alle Institutionen inklusive Strichplatz, dessen Betrieb ebenfalls um mehr als 50 Prozent teurer ist als ursprünglich angenommen. Hätten sie dagegen Nein gesagt, wäre die aufwendige Betreuung Betrunkener und Berauschter weiterhin an der Polizei und den Spitälern hängengeblieben, die auch ohne ZAB schon genug zu tun haben.

## Keine Variantenabstimmung

Die Bürgerlichen hatten jedoch einen Betrieb mit höheren Gebühren gefordert und sich dafür starkgemacht, dem Volk eine Variantenabstimmung zu unterbreiten. Die Stimmberechtigten hätten dabei zwischen höheren und tieferen ZAB-Gebühren wählen können. Weil Links-Grün für diese Vorschläge aber kein Musikgehör zeigte, kommt nun der stadträtliche Vorschlag an die Urne: ein 7-Tage-Betrieb mit Tarifansätzen zwischen 450 und 600 Franken.

## AUS DER SITZUNG DES ZÜRCHER GEMEINDERATS

► **Scherr schiebt Stadtrat wegen Strichplatz.** Weil der Strichplatz bei schlechter Auslastung und massiv höheren Betreuungskosten vom Stadtrat als Erfolg verkauft worden ist, während der Druck auf die Prostituierten an der Langstrasse geblieben ist, erhalten die Magistraten von AL-Gemeinderat Niklaus Scherr einen ziemlichen Rüffel.

► **Unterstützung für Fachstelle für Schuldenberatung.** Ausser der SVP-Fraktion stimmen alle Parteien im Gemeinderat einem Beitrag für die Fachstelle für Schuldenfragen für die Jahre 2015 bis 2018 zu. Die Fachstelle erhält jährlich einen leistungsabhängigen Maximalbetrag von 133 000 Franken.

cn.